DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO AUSGABE 10 · August 2018

Handwerk
Wie die Rückkehr zur Meisterpflicht für mehr Azubis sorgen könnte
Seite 2

Grünes Band
Warum einem Mostereibetrieb die Enteignung droht
Seite 3

Mohring trifft
Wieso die Verwaltungsreform eine Mogelpackung ist
Seite 7

Foto: Jens Jeske

Pfusch

➔ Für Handwerksmeister und Gesellen ist es eine Frage der Ehre, saubere Arbeit abzuliefern. Das sichert ihnen gewöhnlich das Ansehen der Bürger. Parlamentsarbeit, die Gesetzgebung vor allem, hat ebenfalls viel mit Handwerk zu tun. Ein Paragraph muss zum anderen passen, Gesetze sollten einander nicht widersprechen. Regeln sollten eindeutig sein. Sonst dient das Recht nicht den Bürgern, sondern verschafft nur den Gerichten zusätzliche Arbeit.
Dieser Erwartung hat die Ramelow-Regierung oft nicht genügt. Prominentestes Beispiel des Sommers ist die Änderung des Kita-Gesetzes. Sie ist so schlecht gemacht, dass sich fast alle in den Haaren liegen, wie denn nun das Essensgeld berechnet werden soll. Statt Beitragsfreiheit gibt es vielfach Mehrkosten. Es muss nachgebessert werden.
Es ist nicht das einzige aktuelle Beispiel: Die Vorlage der Landesregierung für das „Grüne Band", den alten Grenzstreifen, lässt Tausende Eigentümer im Unklaren, in welchem Umfang sie ihr Land zukünftig noch nutzen können. Die Vorlage der Landesregierung für die Behördenreform halten Kenner der Materie für so mangelhaft, dass sie kaum beratungsfähig ist. Der rot-rot-grüne Versuch, die Straßenausbaubeiträge neu zu regeln, ist voraussichtlich verfassungswidrig.
Abgeordnete können gut damit umgehen, wenn im Landtag heftig darüber gestritten wird, was gut ist für Thüringen und seine Bürger. Dafür sind sie gewählt, dafür gibt es unterschiedliche Parteien und Fraktionen. Doch für eines fühlen sich Landtagsabgeordnete eigentlich nicht zuständig: den Pfusch einer Regierung zu reparieren, die ihr Handwerk nicht beherrscht.

© Volker Hielscher

Zu ihrem Jahresempfang 2018 konnte die CDU-Fraktion am 23. August über 3.300 Gäste in der Messe Erfurt begrüßen. Der Festredner des Abends, der Österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz, warb gemeinsam mit Gastgeber Mike Mohring für „Ein Europa, das schützt". **(Seite 7)**

Sprache – Werte – Alltagskultur:
CDU will Integrationspflicht durchsetzen

„Wer bleiben darf, soll in Deutschland ankommen,
die Sprache erlernen und arbeiten. Diese Menschen sollen am öffentlichen Leben teilnehmen, Werte und Alltagskultur im Land schnell verinnerlichen und sich nicht in ihrer Herkunftskultur abkapseln."

Christian Herrgott,
migrationspolitischer
Sprecher

Die CDU-Fraktion will die Integration von politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen fördern, die sich rechtmäßig und dauerhaft in Thüringen aufhalten. Das soll das Ziel eines Landesintegrationsgesetzes sein, das die Fraktion zurzeit erarbeitet. „Uns geht es darum, dass diese Menschen in Deutschland ankommen, die Sprache erlernen und Arbeit bekommen. Sie sollen am öffentlichen Leben teilnehmen, Werte und Alltagskultur im Land schnell verinnerlichen und sich nicht in ihrer Herkunftskultur abkapseln", sagte der Sprecher für Migration und Integration, Christian Herrgott. Die Integrationsförderung ist nicht für Personen gedacht, die ausreisen müssen oder deren Ausreisepflicht vorübergehend ausgesetzt worden ist.

Die Förderung der und die Pflicht zur Integration sind dem Entwurf zufolge zwei Seiten einer Medaille. Ein wesentliches Instrument, beides zusammen zu bringen, soll eine verbindliche Integrationsvereinbarung sein, die zwischen jedem Bleibeberechtigten und den zuständigen Ausländerbehörden geschlossen wird. Im Gesetz verankern will die CDU außerdem Vorschaltklassen. „Schulunterricht bringt nichts, wenn man ihm wegen fehlender Sprachkenntnisse nicht folgen kann", so Herrgott. Vorgesehen ist zudem eine Rückkehrberatung. Sie richtet sich nicht allein an jene, die ausreisen müssen, sondern auch an jene, die nicht dauerhaft in Deutschland bleiben wollen. Die Fraktion hat ihren Entwurf mehr als 60 Organisationen zur Stellungnahme zugeleitet.

Integration setzt voraus, dass zuvor geklärt worden ist, wer bleiben wird. Deshalb spricht die CDU sich zugleich dafür aus, in Thüringen ein Zentrum für „Ankunft, Entscheidung, Rückführung" (AnKER) einzurichten. Dort sollen alle Asylverfahren abgeschlossen werden, mögliche verwaltungsrechtliche Verfahren eingeschlossen. Nach dem Willen der CDU sollen nur noch Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt werden, die in diesen Verfahren ein Bleiberecht erhalten haben. „Alle anderen müssen wieder ausreisen. Ich fordere die Ramelow-Regierung auf, die Unterstützung in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen, die die Bundesregierung angeboten hat", fügte Herrgott abschließend hinzu.

Aus der Fraktion

Unterstützung bei Dürreschäden

Die Landesregierung soll Landwirte unterstützen, die von der monatelangen Dürre besonders betroffen sind. Das hat die CDU-Landtagsfraktion bei ihrer Sommerklausur beschlossen. So soll das Land die EU-Direktzahlungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt auszahlen. Weil vor allem das Viehfutter knapp ist, sollen die Bauern ausnahmsweise auch ökologische Vorrangflächen zur Futtergewinnung abernten können. Für die Zukunft kommt es nach den Worten des agrarpolitischen Sprechers der Fraktion, Marcus Malsch, vor allem auf „Hilfe zur Selbsthilfe an". Deshalb sollen Landwirte die Möglichkeit erhalten, steuerfreie Risikoausgleichsrücklagen bilden zu dürfen.

„Reichsbürger" entwaffnen

Sogenannten „Reichsbürgern" soll bis Ende Oktober 2018 die Erlaubnis entzogen werden, Waffen zu besitzen, sofern sie bisher entsprechende Berechtigungen haben. Das fordert die CDU-Landtagsfraktion. Reichsbürger werden Personen oder Gruppen genannt, die die Bundesrepublik Deutschland und ihr Rechtssystem nicht anerkennen. Ihre Zahl wächst auch in Thüringen. „Wer den Staat des Grundgesetzes und seine Rechtsordnung nicht akzeptiert, bei dem haben auch Waffen nichts verloren. Sie müssen eingezogen werden", sagte der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Jörg Geibert.

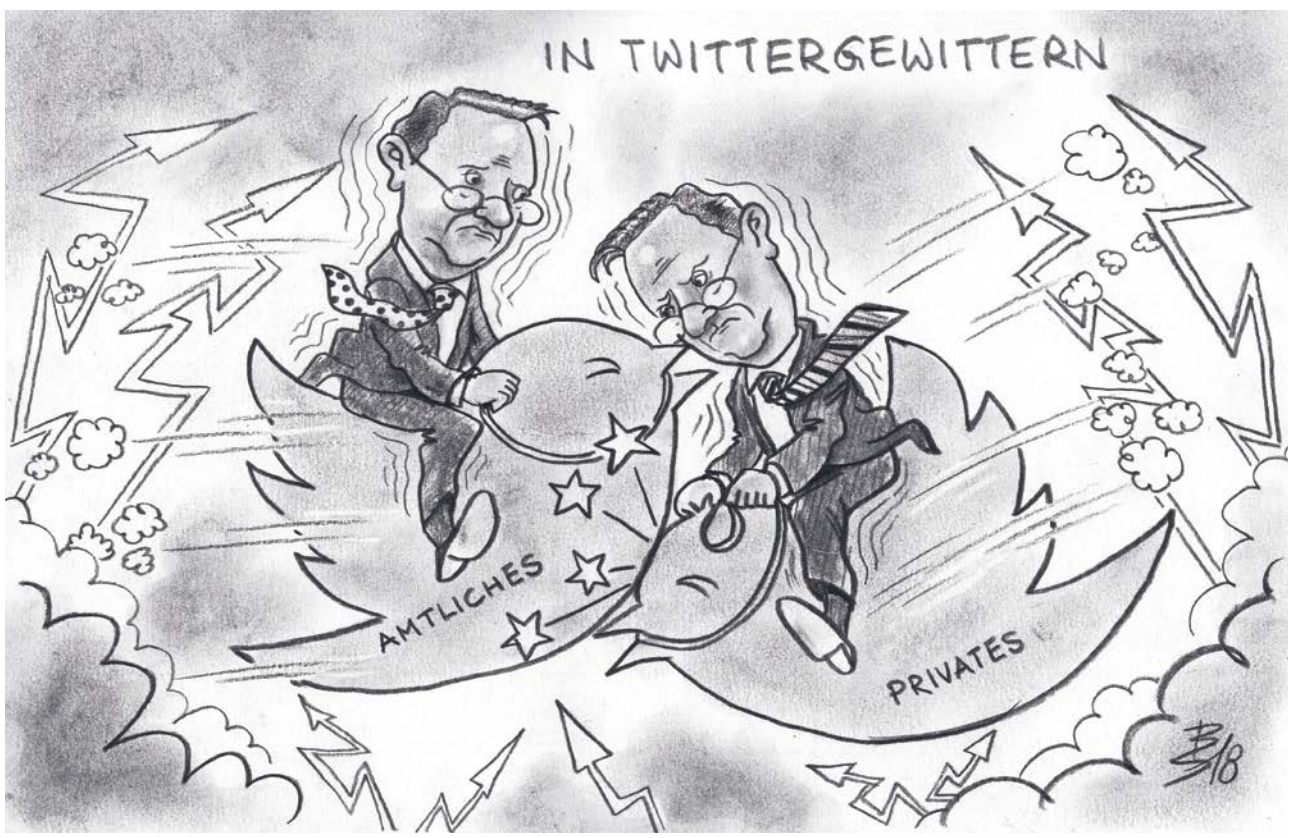
©Photographee.eu - stock.adobe.com

Der Meisterbrief soll wieder für mehr

Gewerke Pflicht werden

Thüringens Landesregierung soll sich im Bund für eine Änderung der Handwerksordnung einsetzen. Das fordert die CDU-Landtagsfraktion. Hintergrund ist die Einsicht, dass in 53 Handwerksberufen, in denen der Bund 2004 die Meisterpflicht aufgehoben hat, seither weniger Nachwuchs ausgebildet worden ist und die Qualität in den entsprechenden Gewerken nachgelassen hat. „Das war ein Fehler der damals von der SPD und den Grünen gestellten Bundesregierung. Es ist höchste Zeit, dass er rückgängig gemacht wird", so der Sprecher für Handwerk und Mittelstand der Landtagsfraktion, Herbert Wirkner. Zulassungspflichtig sind derzeit in Deutschland noch 41 Gewerke.

Bei ihrer Forderung stützt sich die CDU-Fraktion unter anderem auf eine Studie des volkswirtschaftlichen Instituts für Mittelstand und Handwerk der Universität Göttingen über die Auswirkungen der Novellierung der Handwerksordnung von 2004, die zu einem ähnlichen Schluss kommt. Danach ist die Zahl der ausgebildeten Meister in den zulassungsfreien Handwerksberufen deutlich zurückgegangen, die Zahl der sogenannten Soloselbständigen, die allein auf eigene Rechnung arbeiten, jedoch gestiegen. Die Ausbildung des Nachwuchses in diesen Gewerken ist eingebrochen. „Das ist angesichts des Fachkräftemangels und vieler anstehender Unternehmensübergänge äußerst bedenklich. Wo es keine Notwendigkeit gibt, die aufwendige Meisterausbildung aufzunehmen, fehlt häufig auch die Bereitschaft", ist Wirkner überzeugt.
Der Trend muss nach Überzeugung der CDU gestoppt und umgekehrt werden. „Wir wollen den Meisterbrief wieder aufwerten und die berufliche Ausbildung damit stärken. Es war falsch, 2004 dermaßen radikal in ein bewährtes System einzugreifen", sagte der Sprecher für Mittelstand und Handwerk zum Ziel der Initiative und fügte hinzu: „Es hat sich gezeigt, dass meistergeführte Betriebe krisenfester sind und eine höhere Überlebensrate haben. Sie zu stärken, muss unser Bestreben sein." Mit ihrer parlamentarischen Initiative unterstützt die CDU-Fraktion eine ähnliche Forderung des Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung der Union (MIT), Carsten Linnemann.



Reportage vom Grünen Band

Im Saftladen

Der alkoholgeschwängerte Duft frischer Kirschmaische zieht hinweg über blaue Plastikfässer und verchromte Kessel, vorbei an riesigen Metalltanks, hindurch zwischen den viele Meter hoch gestapelten Getränkekisten bis hin zum Hallen–eingang. Hier beginnt das Reich von Rainer Möbus.
Im Adelhäuser Gewerbegebiet am Frohnberg, genau an der Grenze zu Bayern, entlockt der hochgewachsene Industriemeister der Fachrichtung „Fruchtsaft und Getränke“ den Wiesen, Feldern und Sträuchern der Region zwischen Suhl und Kronach allerlei flüssiges Obst: vom kaltgepressten Fruchtsaft über Liköre, Obst- und Kornbrände bis hin zu Konfitüren und Gelees.
Eimerweise schleppen die Menschen Früchte von den sanft geschwungenen Hügeln des Umlands herbei, um im Gegenzug im angeschlossenen Saftladen stark vergünstigt einkaufen zu können. Der Vorteil: Wer mehrere Hänger Äpfel bringt, muss nicht den ganzen Herbst und Winter Apfelmost oder -saft trinken, sondern kann sich auch eine Johannisbeerschorle mixen oder Quittengelee aufs Sonntagsbrötchen schmieren.
Doch jetzt ist erstmal die Zeit für Hochprozentiges: Mit Rainer Möbus‘ Sohn Gabriel, Student der Getränketechnologie, steht mittlerweile die vierte Generation an der fränkischen Destille. Aus großen blauen Fässern pumpt er frische Kirschmaische in die Brennblase, die dann im Wasserbad erhitzt wird. Bei etwa 76 Grad fängt der Alkohol an zu verdampfen, wandert über die verschiedenen Böden in den Kühler und über eine Zähluhr, mit der der Alkohol gemessen wird, schließlich zum Hahn. Heraus kommt aromatisches Kirschwasser, das direkt ab Werk verkauft wird.
Doch damit könnte bald Schluss sein. Schuld ist das Gesetz der rot-rot-grünen Landesregierung zum Grünen Band, das mit ein paar unbedachten Pinselstrichen die Grünfläche hinter der etwa 1000 Quadratmeter großen Lagerhalle zum integralen Teil des neuen „Naturmonuments“ erklärt – und somit jede gewerbliche Nutzung ausschließt. „Wenn ich auf meinem eigenen Grundstück kein Gewerbe mehr betreiben kann, dann gehört es mir ja im Grunde nicht mehr – de facto wäre das eine Enteignung. Was dort beschlossen werden soll, ist für uns existenzbedrohend“, empört sich Möbus, während seine Augen über den dicken schwarzen Rand seiner Brille blitzen. „Wenn das Gesetz so kommt, könnten wir auf unserem eigenen Grundstück nicht einmal mehr Rasenmähen, geschweige denn wie geplant unsere Halle erweitern.“
Möbus läuft jetzt mit weiten Schritten in den hinteren, dem Grünen Band zugewandten Teil seines Gewerbegrundstücks, das er kurz nach der Wende erstand, als die Kapazitäten im heimischen Bad Rodach durch das auf einmal stark vergrößerte Einzugsgebiet nicht mehr ausreichten. „Die Leute kamen damals in ihren Trabis, deren Anhänger übervoll mit Äpfeln beladen waren“ blickt er auf die Anfänge des mittlerweile mehr als 25 Jahre währenden „grenzübergreifenden Betriebs“ zurück.
„Als die Grenze aufging, waren wir ja froh, dass hier wieder alles zusammenwächst. Im Grunde wird jetzt eine natürliche Entwicklung gestoppt“, macht der 56-jährige Industriemeister deutlich, wie absurd er die rigiden Regelungen des Gesetzesentwurfs findet. Denn schon jetzt ist das Grüne Band – jedenfalls im Sinne einer einheitlichen, naturbelassenen Fläche – nicht mehr als eine Wunschvorstellung. Viel eher gleicht es einem grünen Flickenteppich: Die ICE-Strecke, zahlreiche Straßen und eben auch Gewerbegebiete durchziehen das ehemalige Grenzgebiet.
Aus der Halle ertönt jetzt ein Warnsignal. Weil Sohn Gabriel Mittagspause macht, schaut Rainer Möbus selbst nach der glänzenden Stahlkonstruktion mit ihren Schläuchen, Kesseln, digitalen Anzeigen und gläsernen Gucklöchern: Kein Grund zur Beunruhigung, der Ton war nur die Aufforderung, die Temperatur des Brennvorgangs zu kontrollieren. Alles in Ordnung.
Kurze Zeit später zieht Rainer Möbus dann die Schutzhandschuhe an, denn jetzt wird die sogenannte Schlempe abgelassen. Die Schlempe ist das, was nach dem Brennen übrig bleibt, die entgeistete Maischeleiche, kohlenhydratarm und eiweißreich. Dampf steigt auf; wer nicht aufpasst, kann sich an der heißen Pampe leicht verbrühen.
Die Schlempe wird getrocknet oder – noch flüssig – als Dünger, in Biogasanlagen oder als Futtermittel verwendet.
Die heimische Natur und ihre Produkte zu schätzen ist eine Grundhaltung, die auch Möbus vertritt. Deshalb steht er auch dem Grünen Band und der Idee von einem Streifen unbelassener Natur sehr positiv gegenüber – „solange mit Maß und Ziel vorgegangen wird“. Aus seiner Sicht kann das Grüne Band nur funktionieren und seine Akzeptanz bewahren, wenn Flächen wie Gewerbegebiete und Straßen, die bereits fest in einer anderen Nutzung sind, in ihrem Bestand geschützt bleiben.
Deshalb will er auch weiter kämpfen für Verkehrsprojekte wie den Lückenschluss der Eisenbahnstrecke zwischen Bad Rodach und Hildburghausen – damit zusammenwächst, was zusammengehört. „Wenn das Gesetz so kommt, entsteht eine grüne Mauer zwischen den neuen und den alten Bundesländern. So etwas hatten wir lange genug.“

Von Felix Voigt

Landesbedienstete

Wir wollen faire Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Polizistinnen und Polizisten.

Dazu gehört für mich eine feste Beförderungsquote von mindestens zehn Prozent pro Jahr.

Wolfgang Fiedler,
innenpolitischer Sprecher der
CDU-Landtagsfraktion

Leistungsbereite und gut ausgebildete junge Leute haben heute beruflich viele Chancen.

Land und Kommunen müssen sich als Arbeitgeber darauf einstellen.

Andreas Bühl,
jugendpolitischer Sprecher der
CDU-Landtagsfraktion

Mohring trifft:

Helmut Liebermann, den Vorsitzenden des Thüringer Beamtenbundes

Bis zum Jahr 2035 wird die Hälfte der derzeitigen Landesbediensteten im Freistaat Thüringen in Rente oder den Ruhestand gehen. Der Nachwuchs muss aus schmaleren Jahrgängen gewonnen werden. Wird das gelingen?

Liebermann: Das Land steht als Arbeitgeber in Konkurrenz mit anderen Bundesländern, dem Bund und Kommunen und nicht zuletzt der Wirtschaft. Ohne attraktive Beschäftigungsbedingungen geht es nicht. Dazu gehören neben konkurrenzfähiger Bezahlung und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen vor allem Entwicklungsmöglichkeiten, also Karrierechancen. Da ist noch viel Luft nach oben.

Mohring: Klar, dem Wettbewerb um die besten Köpfe muss sich der Freistaat Thüringen stellen, damit der Staat handlungsfähig bleibt. Die Pensionierungswelle schafft aber auch Spielraum für eine Personalentwicklung, die dafür die notwendigen Anreize setzt. Dazu braucht das Land freilich ein kluges, die gesamte Verwaltung umfassendes Entwicklungskonzept.

Liebermann: Kurze Klarstellung zur sogenannten Pensionierungswelle. Die ist durch den Aufbau des Landes mit jungen Leuten nach 1990 gut erklärbar, aber zugleich ein Schritt in Richtung Normalität. Mittel- und langfristig werden sich Pensionierungen bzw. Verrentungen und Neueinstellungen die Waage halten.

Es ist ja aber nicht so, dass das Land kein Personalentwicklungskonzept hätte…

Liebermann: Das hat die Landesregierung bis 2025 gestreckt, was wir ausdrücklich für richtig halten. Mit Schnellschüssen gibt es keine vernünftige Personalentwicklung. Finanzschwächere Länder wie Thüringen haben einen echten Wettbewerbsnachteil.

Mohring: Gestreckt? Ich würde eher sagen: Rot-Rot-Grün hat sich um die Aufgabe gedrückt und das dornige Thema einfach in die nächste Wahlperiode verschoben. Dabei hätte ein ressortübergreifendes Personalentwicklungskonzept dringend

angefasst werden müssen, mit einer vorausgehenden Aufgabenkritik.

Also einer Überprüfung, welche Aufgaben das Land wie erledigen soll. Das ist zugleich der Ausgangspunkt der Verwaltungsreform, die Rot-Rot-Grün versprochen hat.

Mohring: Aber nicht geliefert hat. Bevor man über das Personal redet, muss darüber gesprochen werden, ob wirklich alles so haarklein geregelt werden soll, wie es zum Teil geregelt wird. Bei den Essensgeldregeln für die Kitas sieht man gerade, wie sehr das daneben gehen kann.

Liebermann: Damit kein falscher Eindruck stehen bleibt. Es ist auch für den Beamtenbund unstrittig, dass wir zukünftig mit weniger Beschäftigten auskommen müssen. Doch dazu muss eben geklärt werden, an welchen Aufgaben und an welchen Stellen sie arbeiten werden und welche Aufgaben nicht mehr erledigt werden sollen. Das aktuelle Stellenabbauziel für 2025 bedarf aus unserer Sicht einer Korrektur.

Da behauptet die Ramelow-Regierung selbst, nicht sonderlich weit gekommen zu sein. Die Verwaltungsreform soll jetzt aber immerhin als abgespeckte Behördenreform kommen.

Liebermann: Das sehen wir sehr kritisch. Das Wechseln von Türschildern ist keine Verwaltungsreform. Und die Logik, dass jedes Ministerium seine nachgeordnete Verwaltungseinheit haben soll, halte ich für falsch. Es ist völlig richtig, die reinen Vollzugsaufgaben wie bisher im Landesverwaltungsamt in Weimar zu bündeln. Das sorgt für einen gleichmäßigen Verwaltungsvollzug.

Mohring: Volle Zustimmung. Wir wollen das Landesverwaltungsamt sogar noch stärken. Die Ministerien haben die politische Führungsaufgabe; von den Verwaltungsaufgaben sollen sie entlastet werden. Neue, an die Ministerien gebundene Großbehörden aufzubauen, ist Unsinn. Die große Bündelungsbehörde Landesverwaltungsamt markiert einen dreistufigen Verwaltungsaufbau. Was wir zudem brauchen: mehr Verwendungsbreite und damit einhergehende Aufstiegsmöglichkeiten für die Bediensteten.

Im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen gegenwärtig allerdings eher die Lehrer, besser gesagt jene, die das Land bräuchte, aber nicht hat. Ist die Verbeamtung der entscheidende Hebel?

Liebermann: Es ist richtig, dass Lehrer jetzt wieder Beamte werden können. Dann darf man aber nicht gleichzeitig die Leistungsanreize kappen oder nur halbherzig setzen, wie die Landesregierung es gerade im Besoldungsgesetz vorsieht. Die Möglichkeiten, etwa über die Aufgaben eines Fachleiters aufzusteigen, werden praktisch beseitigt. Und dass Thüringen bei der Bezahlung der besonders gesuchten Regelschullehrer im Ländervergleich am unteren Ende der Besoldung rangiert, ist auch keine Werbung für den Beruf. Die vorgesehene Abschaffung der Beförderungsmöglichkeit für den gymnasialen Bereich ist geradezu eine Aufforderung an künftige Lehrer, Thüringen zu meiden.

Mohring: Das, was Rot-Rot-Grün vorgelegt hat, heißt für viele Lehrer im Klartext: Die allermeisten werden beim Eintritt in den Ruhestand noch die gleiche Besoldungsgruppe haben, wie beim Berufsstart. Deshalb fordern wir ausreichend Funktionsstellen mit den entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten. Nicht hinnehmbar ist übrigens, dass dabei die sogenannten Ein-Fach-Lehrer von jeder Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten sind. Die CDU-Fraktion hat gefordert, sie Zwei-Fach-Lehrern gleichzustellen, wenn sie mehrere Fächer unterrichten.

Liebermann: Es geht nicht um Ein-Fach-Lehrer, sondern um Lehrer mit einer Ausbildung der ehemaligen DDR als Polytechniker. Die sind nunmal keine Ein-, sondern mindestens Zwei-Fach-Lehrer. Die Kollegen haben in der DDR meist Polytechnik unterrichtet. Doch das Fach gibt es nicht mehr. Stattdessen unterrichten sie in der Praxis fast alle zwei oder mehr Fächer.

Beförderungen sind auch bei der Polizei ein großes Thema. Was ist aus dem Beschluss der Regierung Lieberknecht geworden, jedes Jahr zehn Prozent der Polizisten zu befördern?

Liebermann: Die Landesregierung hat Beförderungsquoten generell aufgehoben. Die Ministerien dürften in ihrem Zuständigkeitsbereich im Rahmen eines festen Budgets befördern. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Entscheidend ist allerdings, dass ausreichend Stellen und Mittel vorhanden sind.

Mohring: Weil das nie sicher ist, wollen wir mehr Verbindlichkeit und die Zehn-Prozent-Regel für die Polizei wieder festschreiben, wenn wir dazu 2019 politisch die Möglichkeit bekommen. Lange lag diese Quote bei fünf Prozent. Rein rechnerisch hieß dies: Beförderung im Durchschnitt nach 20 Jahren. Das geht nicht.

Das alles wird bei den Finanzministern wenig Begeisterung wecken. Bei jeder Einstellung denken die Haushälter schon an die Pensionslasten…

Liebermann: Stopp! Dieses Wort muss aus dem Sprachgebrauch verschwinden. Es sind Pensionsverpflichtungen, die das Land gegenüber jedem Beamten eingeht, den es einstellt. Die andere Seite der Rechnung: So lange der Beamte dem Land dient, ist er deutlich billiger als ein Angestellter und auf die Lebenszeit gerechnet ist der finanzielle Aufwand des Freistaats für einen Beamten und einen Angestellten in etwa gleich. Dabei fällt allerdings unter den Tisch, dass der Bund über den Zuschuss zur Rentenversicherung den Angestellten mit finanziert.

Akzeptiert. Also: Die Pensionsverpflichtungen der nächsten Jahrzehnte will die Thüringer Finanzministerin abfedern, indem jährlich für jeden neu eingestellten Beamten 5000 Euro getilgt werden sollen. Gute Idee?

Liebermann: Zumindest ein guter Ansatz. Meine Sorge ist nur, dass sich in 15 oder 20 Jahren keiner mehr erinnert, dass diese Schulden heute getilgt werden, um morgen finanziellen Spielraum für Pensionen zu haben. Deshalb fordert der Thüringer Beamtenbund, diese Tilgungen auf Euro und Cent in den regelmäßigen Pensionsberichten als fiktive Pensionsrücklagen auszuweisen. Damit es gar nicht erst vergessen und den bekannten unsachlichen Vorurteilen entgegengewirkt wird.

Mohring: Ob die Steuergroschen über den Bund und die Rentenversicherung an Ex-Angestellte in Rente oder aus der Landeskasse an die Pensionäre gehen, macht für den Steuerzahler keinen Unterschied. Für den Landeshaushalt allerdings schon. Der Ansatz der Finanzministerin ist richtig, aber er reicht nicht aus. Besser wäre, für die Pensionsverpflichtungen auch Rücklagen zu bilden. Ich bin froh, dass es uns wenigstens gelungen ist, den Pensionsfonds zu erhalten, den die Beamten durch Gehaltsverzicht angespart haben. Wir haben in den letzten Haushaltsverhandlungen gefordert, ihn weiter aufzufüllen. Und zwar durch Zinsen, die Thüringen durch die Schuldentilgung einspart. Das hat Rot-Rot-Grün leider abgelehnt.

Liebermann: …und solange dieser Fonds noch existiert, ist auch der bisher existierende Verwaltungsrat notwendig. Wir kritisieren, dass nunmehr darauf verzichtet werden soll.

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

Internet
www.cdu-landtag.de

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
1,1 Millionen

Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur
Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung
Leography.com

Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

Aus der Fraktion

©contrastwerkstatt - stock.adobe.com

Debatte um Größenvorgaben für Schulen: „Einfach nur lebensfremd“

Die Landesregierung soll die Richtgrößen für staatliche Schulen wie bisher gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden festlegen. Das hat die CDU-Fraktion bei ihrer Sommerklausur in Sondershausen gefordert. Hintergrund sind von Bodo Ramelows Linkskoalition geplante Größenvorgaben für Schulen. Die sind nach den Worten des bildungspolitischen Sprechers der Fraktion, Christian Tischner, „einfach nur lebensfremd“. 280 von 729 Thüringer Schulen würden danach die Auflagen zur Schülerzahl und der Mindestzahl an Parallelklassen pro Schuljahr nicht erfüllen. Sie würden ihre Eigenständigkeit verlieren.
Nachgerechnet hat Tischner auch, was passieren würde, wenn Rot-Rot-Grün auch noch bei den Vorgaben für die Klassenstärken selbst nach den eigenen Vorstellungen verfahren würde. „Dann wären nur noch 19 Schulen auf der sicheren Seite, das sind gerade mal 2,6 Prozent“, fasst er das Ergebnis zusammen. Grundlage der Berechnung sind Angaben der Landesregierung selbst. Der Abgeordnete fordert die Koalitionsfraktion auf, „diese Planungen einzustampfen. Die Zahlen zeigen, dass die linke Landtagsmehrheit auch in der Schulpolitik in einer Scheinwelt lebt. Damit trägt sie Unsicherheit in zahllose Schulen, statt sich endlich auf eine ausreichende Unterrichtsversorgung zu konzentrieren“ sagte der Bildungspolitiker.

©Tomas Hulik - stock.adobe.com

Wolf treibt Schafe auf die A4: Schäfer bleiben auf Kosten sitzen

Schockmoment auf der A4 bei Wechmar: Am frühen Morgen des 20. August überrollen zwei Sattelzüge fünf Ziegen und Schafe. Die hatten zuvor einen Weidezaun umgerannt, offenbar in Panik vor einem Wolfsangriff. Das zeigen die Überreste auf der Weide, wo weitere tote Tiere gefunden wurden: Zwei gefressene Ziegen, ein totgebissenes Lamm und typische Bissspuren sprechen eine ziemlich eindeutige Sprache. Doch aufkommen soll für die 3000 Euro Sachschaden an den Fahrzeugen nun der Schäfer. Anja Siegesmunds grünes Umweltministerium mauert: Wenn Nutztiere auf der Flucht vor dem Wolf Unfälle verursachen, sei das Land nicht in der Pflicht, lässt sie einen Sprecher ausrichten. Der stellvertretende CDU-Fraktionschef Egon Primas findet diese Haltung „völlig daneben“: „Wir haben von Anfang an gefordert: Wer den Wolf in Thüringen haben will, muss auch für die Schäden aufkommen, die er verursacht.“ Am liebsten gar nicht ausmalen will sich der Unionspolitiker, was passiert, wenn sich diese Vorfälle häufen und das erste Mal ein Pkw in eine panische Schafsherde rast: „Mit Blick auf unsere dicht besiedelte Kulturlandschaft stellt sich mir an dieser Stelle die Frage, ob die aktive Wolf-Ansiedelungspolitik und die Blockadehaltung der Umweltministerin gegenüber dem von uns geforderten Instrument der Schutzjagd wirklich bis zu Ende gedacht ist.“

Sebastian Kurz: „Es steht viel auf dem Spiel“

Jahresempfang der CDU-Fraktion zur Zukunft des vereinten Europas

„Es steht viel auf dem Spiel.“ Mit diesem Satz fasste Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz zum Jahresempfang der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag die Situation der Europäischen Union neun Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament zusammen. Mehr als 3300 Gäste waren in die Erfurter Messehalle gekommen, um zu hören, wie Kurz den österreichischen Vorsitz im EU-Ministerrat nutzen will, um „mehr und mehr Gräben zu überbrücken“, die sich in Europa auftun. Thüringens CDU-Fraktionsvorsitzender und Gastgeber des Jahresempfangs, Mike Mohring, verdeutlichte, dass auch die deutschen Bundesländer ihre Verantwortung wahrnehmen müssen, damit in Europa mehr Ordnung einkehrt, deren Mängel in der Flüchtlingskrise offenbar geworden sind.

Dem Bundeskanzler und Ratsvorsitzenden geht es vor allem darum, endlich mit dem Schutz der EU-Außengrenzen voranzukommen. Mit den europäischen Gipfelbeschlüssen im Juni dieses Jahres zur Begrenzung und Steuerung der Migration nach Europa und innerhalb Europas hat für Kurz „ein Umdenken“ eingesetzt. Es gebe mehr politische Bewegung als in den letzten Monaten. Sein Ziel ist, dass auch die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze so bald wie möglich wieder überflüssig werden. Ein besonderes Anliegen ist Kurz, „Brücken“ zu den ostmitteleuropäischen Ländern wie Polen und Ungarn zu nutzen, „um Spannungen abzubauen“. Mit Leidenschaft warb Kurz, alles zu tun, um das vereinte Europa „als größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts“ in einem herausfordernden Umfeld zu wahren.

Mohring kritisierte scharf, dass Thüringens rot-rot-grüne Landesregierung seit 2015 im Bundesrat allen Versuchen die Unterstützung versagt hat, den Asyl- und Flüchtlingsschutz auf die tatsächlich Betroffenen zu beschränken und illegale Migration zu erschweren. „Auch eine Landesregierung muss ihre Verantwortung im Bund und Europa wahrnehmen“, ist der Fraktionsvorsitzende überzeugt. Mohring forderte Ministerpräsident Bodo Ramelow auf, die Bundesregierung zu unterstützen, wenn sie die Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitern will. Im Gegenzug bot er an, sich mit der Landesregierung für eine „Altfallregelung“ einzusetzen. Sie soll für Flüchtlinge gelten, die schon vor 2015 nach Deutschland gekommen sind und sich gut integriert haben, „die Deutsch gelernt und eine Ausbildung gemacht haben, die in den Unternehmen gebraucht werden und mit ihren Familien heimisch geworden sind. Das soll Anerkennung finden“, wie Mohring sagte. Er schloss sich der Forderung des deutschen Landkreistages an, dafür einen Stichtag zu bestimmen.

Das haben wir vor Ort erreicht

Raymond Walk

Wahlkreisbüro
Georgenstraße 27
99817 Eisenach
www.raymondwalk.de

Es ist das Engagement vor Ort, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Sport-, Kirmes- und Schützenvereine, die Freiwillige Feuerwehr oder der Gemeindekirchenrat. Sie prägen in den kleinen und ländlichen Gemeinden Miteinander und Kultur in den Orten. Gerade diese Einrichtungen sind es, die mir daher besonders am Herzen liegen. Ganz gleich, ob Sanierung der Trauerhalle in Madelungen, die Instandsetzung der Kirchturmuhr in Förtha, neue Fußballtore für die Jugendfußballer des ESV Gerstungen oder neue Gardekostüme für die Tänzerinnen des Unkerodaer Carneval Clubs. An jedem Projekt hängt das Engagement vieler einzelner. Wenn ich mithelfen kann, dieses unverzichtbare Engagement durch die Ermöglichung von Fördermitteln und die aktive Beratung der Menschen vor Ort zu unterstützen und wertzuschätzen, sind wir gemeinsam einen Schritt weiter.

Marion Rosin

Wahlkreisbüro
Friedrich-König-Straße 9
98527 Suhl
www.facebook.com/MarionRosinCDU/

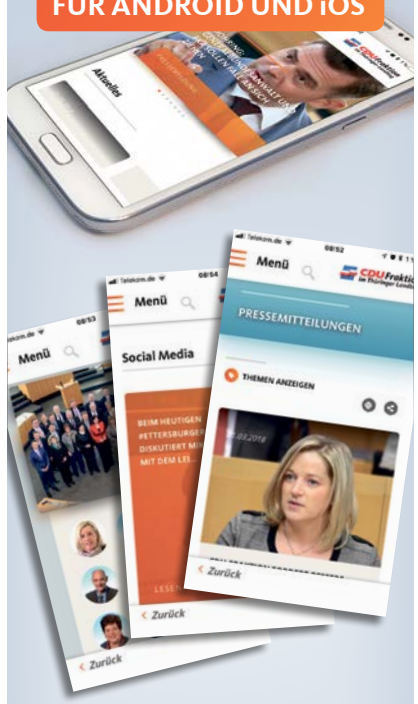
Mit meinem Bürgerbüro in Suhl kümmere ich mich um alle Belange der Bürger im Wahlkreis, der sich von Suhl entlang der A71 über Zella-Mehlis bis nach Oberhof erstreckt. Suhl muss als Standort der einzigen Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Flüchtlinge im Freistaat besondere Herausforderungen stemmen. Leider hat die rot-rot-grüne Landesregierung ihre Aufgaben auf dem Friedberg in puncto Sicherheit und Ordnung vernachlässigt. Gemeinsam mit der Suhler Union habe ich deshalb im Januar einen Forderungskatalog erarbeitet. Zentrale Punkte: Ein Einrichtungsleiter vor Ort und Videoüberwachung auf dem Gelände sowie im Haus. Im Mai wurde endlich auf einen Teil unserer Forderungen reagiert und eine Einrichtungsleitung installiert. Gemeinsam mit Oberbürgermeister André Knapp setze ich mich weiter für eine Videoüberwachung in der Einrichtung ein.

Manfred Scherer

Wahlkreisbüro
Hospitalstraße 88
99706 Sondershausen
www.facebook.com/manfred.scherer.56

Ein Schwerpunkt meiner Wahlkreisarbeit zwischen Sondershausen, Ebeleben, den „Engel-Dörfern“ und Greußen ist es, die Anbindung des ländlichen Raumes zu verbessern. Dazu zählt mein Einsatz für den Erhalt des Kreissitzes in Sondershausen, was durch die Verhinderung der Kreisgebietsreform auch gelungen ist. In Form eines Verbundes konnten die kleinen Grundschulen für die nächsten Jahre erhalten werden – ein wesentliches Kriterium, damit junge Eltern in der Region bleiben. Für den Erhalt der Haltepunkte beim Ausbau der Bahnstrecke Erfurt-Nordhausen habe ich mich ebenso eingesetzt wie für den Fortgang der Ortsumgehung der B4 in Greußen – ohne die Belange der Landwirtschaft aus dem Blick zu verlieren. Vereine unterstütze ich durch die Vermittlung von Fördergeldern, zuletzt durch eine Unterstützung des Glockenprojekts St. Trinitatis in Sondershausen.

DIE OFFIZIELLE APP DER CDU-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG FÜR ANDROID UND iOS



Laden im App Store

JETZT BEI Google Play

US-Bundespolizei (Abk.)	3	bayer. Benediktinerabtei		gefrorenes Wasser	Stadt an der Ems, in NRW	Wunsch nach Verzeihung		asiatischer Affe	griechische Göttin		franz. Herrscheranrede	Schreitvogel, Sichler		Binnenstaat in Ostafrika		beständig, gleichbleibend
in der Nähe von			11	US-Filmstar (Julia)			6					Plattfisch				
14						Moderichtung (englisch)		sehr fromme weibl. Person (ugs.)					13			Rinderfett
Scheinkunst, Schund	persönl. Geheimnummer (Abk.)		Aktion, Handlung	Auslese der Besten						baschkirische Hauptstadt	10	nicht hungrig		5		
Vaterlandsfreund							12	Himmelsrichtung					Abk. für Deutsches Rotes Kreuz		persönliches Fürwort	
			1	Telefonat bei Gefahr					2		bayerisch: Schlitten					
fliederblau, hellviolett	8	Schanktisch			7			großer Beutel, Behältnis aus Stoff				9	böse, schlimm			4
Lösungswort								1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14								

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsente-Set bestehend aus einem Bluetooth-Lautsprecher, einer „Powerbank“ fürs Smartphone und einer hochwertigen Porzellan-Kaffeetasse aus dem Hause Kahla. Einsendeschluss ist der **31. September 2018**. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail:
quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1 / 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Juni-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Ankerzentren“. Zu gewinnen gab es damals zwei Karten für den Jahresempfang und eine „Powerbank“. Unter den richtigen Antworten als Gewinner gezogen wurde **Rüdiger Schuchardt** aus Weimar. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf unser berechtigtes Interesse nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Dieses liegt in § 47 Nr. 5 ThürAbgG begründet, wonach Fraktionen die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit unterrichten. Unsere Abwägung hat ergeben, dass Ihre Interessen bzw. Ihre Grundrechte und Grundfreiheiten unser Interesse nicht überwiegen. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu wiedersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.